

Wende im «Fall Actelion»

Zurück an den Tisch mit Johnson & Johnson

Von Ruedi Mäder

Allschwil/New Brunswick. Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Unmittelbar nach Schluss des Handels an der Schweizer Börse wurde gestern Abend klar, dass im möglichen Übernahmefall Actelion die Karten überraschend neu gemischt werden. Das Allschwiler Biotechnologieunternehmen gab per Medienmitteilung bekannt, es habe «exklusive Verhandlungen» mit Johnson & Johnson (J&J) begonnen. Dabei gehe es um eine mögliche «strategische Transaktion». Es gebe keinerlei Gewähr, dass diese «Diskussionen» in irgendeine Transaktion mündeten, ergänzte Actelion. Weiter lasse man sich nicht verlauten, es sei denn, man hielte es für angemessen oder aber eine Vereinbarung sei erreicht worden.

Selbst der geneigte Beobachter reibt sich ob dieser Entwicklung die Augen. Exakt vor einer Woche hatte nämlich Actelion auf dem gleichen Kommunikationsweg wissen lassen, man habe mit J&J Gespräche geführt, diese aber beendet. Man stehe neu im Kontakt mit



Jean-Paul Clozel.

Alex Gorsky.

einer dritten Partei. Offiziell blieb es bei diesem kargen Informationssubstrat. Allerdings verdichteten sich die Anzeichen, dass es sich bei der erwähnten Drittpartei um den französischen Pharmakonzern Sanofi handeln musste. Verschiedene Finanzanalysten waren sich darin einig, dass eine Übernahme von Actelion durch Sanofi oder zumindest eine namhafte Beteiligung der Franzosen ein plausibler Schritt wäre.

Die Actelion-Aktie hatte gestern im Sog neuer Gerüchte rund um einen Deal mit Sanofi Fahrt aufgenommen und stieg um 6,4 Prozent auf 215,00 Franken. Nun finden sich Actelion-Patron Jean-Paul Clozel und Alex Gorsky, CEO des US-Konzerns aus New Jersey, am gleichen Verhandlungstisch wieder. Nach dem Übungsabbruch verlaute die gerichtliche, Clozel habe die J&J-Abgesandten mit der Forderung eines Übernahmepreises von 285 Franken düpiert und jene erste Runde platzen lassen. Ob sich die zweite Runde findet und es doch noch zu einer üppigen Bescherung für Actelion-Altaktionäre kommt, wird sich bald weisen.

Axpo spaltet sich auf

Erneuter Milliarden-Verlust – Risiken werden ausgegliedert



AKW-Malaise. Der Reaktorblock Beznau 1 steht still. Die Axpo verliert deswegen 200 Millionen Franken. Foto Keystone

Von Kurt Tschan

Zürich. Die Axpo, der zweitgrösste Energieversorger der Schweiz, blickt erneut auf ein rabenschwarzes Jahr zurück. Der Verlust erreichte im Geschäftsjahr 2015/2016 1,226 Milliarden Franken. Er liegt damit 262 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Seit dem Geschäftsjahr 2010/2011 hat die Axpo damit sechs Milliarden Franken abschreiben müssen. Hauptgrund für das erneut schlechte Ergebnis bilden rekordverdächtige Wertberichtigungen von 1,6 Milliarden Franken. Operativ verdient Axpo zwar immer noch Geld. Weil die Grosshandelspreise für Strom aber weiter gefallen sind, waren jedoch erneut massive Wertberichtigungen auf dem Kraftwerkspark erforderlich.

Zum dritten aufeinanderfolgenden Mal werden deshalb die Aktionäre auf eine Dividende verzichten müssen. Was das laufende Geschäftsjahr betrifft, hielt sich Axpo-CEO Andrew Walo bei der Präsentation der Geschäftszahlen für 2015/2016 bewusst zurück. «Es ist sehr schwierig, eine Prognose abzugeben», sagte er. Immerhin hoffe er, dass bei den Wertberichtigungen die Talsohle durchschritten sei. Operativ bleibe er zuversichtlich.

«Finanziell sehr gut ausgestattet»

Viel erhofft man sich beim Energieversorger, der den Nordostschweizer Kantonen gehört, von einer strategischen Neuausrichtung. Die Wachstumsfelder sollen in einer neuen Tochtergesellschaft zusammengefasst werden und potenzielle Investoren anlocken. Durchaus denkbar ist, dass «Axpo Solutions», wie der Arbeitstitel der neuen Firma lautet, an die Börse geht, um frisches Geld anzulocken. Klar ist ebenso, dass die neue Tochter zu 100 Prozent der Axpo Holding gehören wird und maximal 49 Prozent des neuen Unternehmens an Dritte verkauft werden.

«Die Anlagen werden zum Verkehrswert abgegeben», sagte Walo. Dies

erfordere Gutachten, für deren Erarbeitung es Zeit brauche. Geht alles nach Plan, wird die neue Axpo-Tochter, die 2017 gegründet wird, in zwei Jahren auf den Markt kommen. Axpo-Finanzchef Martin Schwab rechnet mit institutionellen Schweizer Anlegern, die angesichts des herrschenden Anlagenotstandes Interesse bekunden könnten. Explizit schliesst man bei Axpo aber auch ausländische Investoren nicht aus. Wie viel Geld Axpo durch die neue Tochter zufließen wird, wollte Walo gestern nicht abschätzen. «Dafür müssten wir wissen, wie sich die Strompreise bis zum Jahr 2030 entwickeln», sagte er.

Offen ist auch, ob die Besitzerkanton der Axpo ein Vorzugsrecht auf Axpo Solutions erhalten werden. Geplant ist, dass rund sechs Terawattstunden von noch nicht exakt bestimmten Schweizer Kraftwerken in das neue Unternehmen übertragen werden. «Wir planen einen guten Mix zwischen Flexibilität und Speicherbarkeit», sagte Walo. Neben Schweizer Wasserkraftwerken gehören auch Wind- und Fotovoltaikanlagen sowie die Netze, die die Swissgrid-Anteile der Axpo Trading AG sowie das internationale Kundengeschäft dazu.

Alles andere verbleibt in der neuen Axpo Power. Dazu gehören die Kernkraftwerkbeiträge, die Energiebezugsverträge mit Frankreich, die Swissgrid-Beteiligung der Axpo Power AG sowie die übrigen Wasserkraftwerke. Zu ihnen wird auch das Kraftwerk Linth-Limmern gehören. Dieses sei besonders bei zunehmenden Netzschwankungen, verursacht durch die Windenergie, wertvoll. Axpo Power stehe für eine sichere Energieversorgung der Schweiz und garantiere Stabilität und Sicherheit. Das Unternehmen sei finanziell «sehr gut ausgestattet». Walo betonte, dass man genügend Stress-Szenarien durchgerechnet habe. «Wir haben eine zielführende und robuste Strategie für Axpo Power», versuchte Walo Zweifel über die Auslage-

rung schlechter Risiken zu zerstreuen. Dass bei Axpo eine neue Zeit angebrochen ist, machte der neue Verwaltungsratspräsident Thomas Sieber auch bei der zukünftigen Besetzung des Verwaltungsrates klar. Dieser wird von 13 auf neun Sitze verkleinert. «Wir streben eine Entpolitisierung an», sagte er und verwies auf die Interessenkonflikte von Verwaltungsräten, die für kantonale Kraftwerksgesellschaften tätig und damit auch direkte Konkurrenten sind. Nicht mehr das Parteibuch soll für einen Verwaltungsratsplatz ausschlaggebend sein, sondern Fachkompetenz bei der Energiewirtschaft, dem Risk-Management, aber auch im Finanzbereich.

Hoffen auf bessere Zeiten

Ganz allgemein geht man bei Axpo davon aus, dass ab 2022 bei den Grosshandelspreisen eine Entwarnung eintreten dürfte. Vor allem im Süden Deutschlands würden dann Kernkraftwerke stillgelegt. Überdies würden dann deutsche Kohlekraftwerke am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sein.

Walo zeigte sich zuversichtlich, dass Axpo theoretisch weitere schlechte Jahre wegstecken könne und über «genügend Eigenkapital und mit mehr als vier Milliarden Franken über eine ausreichende Liquidität für alle Herausforderungen» verfüge. Die Eigenkapitalquote ist trotzdem weiter gesunken – und zwar von 32,1 auf noch 24,9 Prozent. Rückläufige Strompreise haben alleine ein Loch von 240 Millionen Franken in die Kasse gerissen. Hinzu kamen tiefere Margen (minus 58 Millionen Franken im Gasgeschäft) sowie teure Revisionen bei den Kernkraftwerkbeiträgen in Beznau und Leibstadt, die sich mit weiteren 150 Millionen negativ auswirkten. Die temporäre Stilllegung von Leibstadt kostet Axpo täglich 500 000 Franken, weil der bereits verkaufte Strom am Markt eingekauft werden muss. Der Betriebsstopp von Block 1 in Beznau für drei Monate verschlingt 200 Millionen.

Kommentar

Spät, vielleicht zu spät

Von Kurt Tschan

Die in 36 Ländern tätige Axpo macht aus einer Firma zwei. Sie lagert die guten Risiken in eine neue aus und will bis zu 49 Prozent ihrer Aktien veräussern. Am wahrscheinlichsten ist in zwei Jahren ein Börsengang. Die schlechten Risiken belässt sie in der anderen Firma, die auch in Zukunft ihren alten Besitzern, den Nordostschweizer Kantonen gehören wird. Revolutionär sei die Idee nicht, sagte gestern Axpo-CEO Andrew Walo.



Er verwies dabei explizit auf die beiden deutschen Energieversorger E.ON und RWE. Die neue Strategie wurde in sieben Monaten ausgearbeitet. Sie ist das Antrittsgeschenk des neuen Verwaltungsratspräsidenten Thomas Sieber. Dieser hat das Gleiche getan wie Jens Alder bei der Alpiq. Er prüfte unverzüglich alle Möglichkeiten und entschied sich für Schadensbegrenzung. Seitdem versucht der grösste Schweizer Energieversorger verzweifelt, einen Teil seines Wasserkraftwerk-Portfolios zu verschern. Bis jetzt erfolglos. Die neue Axpo-Strategie kommt spät, vielleicht zu spät. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein Konzern, der in den letzten Jahren seine Tätigkeit auf mehrere Kontinente ausgeweitet hat, erst jetzt so richtig die Zeichen der Zeit erkannt hat. Sieber hat erreicht, dass der Verwaltungsrat sein Versagen eingesteht. Viele Köpfe dürften im neuen Verwaltungsrat nicht überleben. In Zukunft ist nicht mehr das richtige Parteibüchlein entscheidend, sondern Sachkompetenz. Siebers neue Strategie würde schlagartig an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn auch im operativen Bereich Köpfe rollen würden. Ein glaubhafter Neuanfang bei Axpo bedeutet, dass ein neues Management antritt. Andrew Walo hätte dann nur noch Platz bei der Axpo Power, der Bad Bank, die alle angehäuften Risiken vereint. kurt.tschan@baz.ch

ANZEIGE

Schweiz büsst internationales Zinskartell

Sieben Banken zahlen 99 Millionen Franken für verbotene Absprachen

Von Daniel Zulauf, Zürich

Der Skandalreigen in der Welt der internationalen Grossbanken erreichte in den vergangenen fünf Jahren mit der Aufdeckung der verbotenen Absprachen und Preismanipulationen im Zins-, Devisen- und Edelmetallgeschäft mehrere traurige Höhepunkte. Die Vorgänge reichen weit zurück, was deren rechtliche Aufarbeitung schwierig und aufwendig macht. Während die Aufsichtsbehörden ihre Schlüsse teilweise schon vor längerer Zeit gezogen haben und die Banken teilweise mit Bussen in Milliardenhöhe sanktionierten, müssen die Wettbewerbsbehörden eine peinlich genaue Beweisführung liefern. Die Ergebnisse sind jenen der Branchenwächter aber durchaus ähnlich.

Die Schweizerische Wettbewerbskommission (Weko) hat im sogenannten Libor-Fall eine erste Serie von Verfügungen gegen sieben internationale Grossbanken erlassen und diese mit insgesamt 99 Millionen Franken sanktioniert. Die Untersuchungen erstreckten sich über vier Jahre und über 17 Banken. In zehn Fällen hat die Behörde

noch keine Entscheidung getroffen. Die höchste Sanktion musste die US-Grossbank JP Morgan hinnehmen. Das Institut zahlt 38 Millionen Franken hauptsächlich für die Manipulationen des Libor-Referenzzinssatzes in Schweizer Franken in der Zeit zwischen März 2008 und Juli 2009. Die Bank habe in jener Periode ein bilaterales Kartell mit der Royal Bank of Scotland (RBS) unterhalten und damit den Zinssatz beeinflusst, teilte die Weko mit.

Deutsche Bank bleibt straffrei

Für die Schotten blieben die Verfehlungen ohne finanzielle Folgen, weil sie das Kartell selber aufliessen. Doch auch die RBS zahlt eine Strafe von 17 Millionen Franken, weil sie als Mitglied des Euribor-Kartells zwischen 2005 und 2008 die Preise von Euro-Zinsderivaten manipuliert hatte. Jene Absprachen wurden von der Deutschen Bank ans Licht gezogen, die dafür straffrei ausging. Die höchste Busse für die Euribor-Absprachen zahlt die britische Barclays Bank mit fast 30 Millionen Franken. Die Verfügungen gegen die anderen Banken fielen für diese

deutlich geringer aus. Die Deutsche Bank zahlt fünf Millionen Franken, die Citigroup rund vier Millionen, die Société Générale gut drei Millionen und die Credit Suisse etwa zwei Millionen Franken. Von der Kronzeugenregelung profitiert hat auch die UBS, die ansonsten ebenfalls eine Sanktion hätte gewärtigen müssen.

UBS als Kronzeugin

Die von der Weko ausgesprochenen Sanktionen nehmen sich im Vergleich mit den von der EU-Kommission verhängten Bussen ziemlich bescheiden aus. Die EU hatte erst vor gut zwei Wochen Geldstrafen gegen JP Morgan, Crédit Agricole und HSBC von 485 Millionen Euro wegen Manipulationen des Euribor ausgesprochen. Im Dezember 2013 hatte die Kommission acht Banken ebenfalls aufgrund der Teilnahme an Absprachen im Handel mit Zinsprodukten mit 1,5 Milliarden Euro gebüsst. Die höchste Busse ging an die Deutsche Bank (466 Millionen Euro), während Barclays und UBS aufgrund der Kronzeugenregelung straffrei ausgingen. Die Schweizer Behörden betreiben seit

einigen Jahren ein Abkommen mit der EU über den Austausch von vertraulichen Informationen bei der Untersuchung von Verstössen gegen das Wettbewerbsrecht. Das Abkommen dürfte einiges dazu beigetragen haben, dass die beschuldigten Banken nicht versucht haben, der Weko Informationen vorzuenthalten, die sie der EU-Kommission übergeben hatten. Diese Kooperation ist für die Weko umso wichtiger, als die Behörde in dem grossen Schweizer Finanzplatz über eine eher knappe Personalausstattung verfügt.

Mit der teilweisen Erledigung des Zinskartellfalles sind die Wettbewerbsbehörden mit der Finanzindustrie freilich noch lange nicht fertig. Offen bleiben in der Schweiz wie in der EU die Strafen für das Devisenkartell, die die Dimensionen des Zinskartells bei Weitem übersteigen dürften. Die Ermittlungen sind nach Aussagen von Behördenvertretern relativ weit fortgeschritten. Seit März 2014 ermittelt die Weko gegen acht Banken. Seit September 2015 läuft zudem eine Untersuchung gegen sieben Banken wegen eines mutmasslichen Kartells im Edelmetallhandel.

Ich bin für Sie da.
Marco Pancaldi, T 061 266 62 29

Generalagentur Basel
Beat Herzog
Aeschengraben 9
4051 Basel
T 061 266 62 70
basel@mobiliar.ch
mobiliar.ch

die Mobiliar